

Der schwarze Kanal

Heinz Grote gab der Sendung den Titel: Lenin und der kapital. Familienkrach.

Einblendung - Westfernsehen:

Höfer:

...das Verhältnis zwischen Amerika und Europa, wenn man diesen zänkischen Wortwechsel analysiert, erinnert doch etwas an ein Paar, meinetwegen an ein verheiratetes Paar, das einmal sehr glücklich miteinander war oder so tat, als sei es glücklich, dessen Ehe aber in eine Krise geraten ist und die im Grunde schon mit einem Bein beim Scheidungsrichter sind?

- Nein, ich glaube es nicht, verheirates Paar schimpfen Ost und im Grunde genommen, ich sehe keine echte Gründe für diese.... Ich glaube, das ist gerade, wie Sie sagen, ein Wortkrieg. -

Grote:

Nun, meine Damen und Herren, Wortkrieg, Familienkrach oder gar schon mit einem Bein beim Scheidungsrichter. Was kümmerts uns, könnte man sagen. Das war nicht unsere Hochzeit, um im Bilde zu bleiben, und folglich ist das auch nicht unser Scheidungstermin. Aber es lohnt sich trotzdem die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Staaten ein bißchen genauer zu untersuchen, sie liefern nämlich ein geradezu klass. Beispiel, eine geradezu klass. Bestätigung dafür, wie richtig und wie gründlich Lenin vor nahezu 60 Jahren das Wesen des Imperialismus analysiert und bestimmt hat. Aber sehen wir zunächst, gewissermaßen zur Einstimmung, einige Ausschnitte aus den aktuellen Sendungen des BRD-Fernsehens.

Einblendung - Westfernsehen:

- Henry Kissinger sagte erneut und liess es sagen und dann wieder dementieren, und so reibt er es uns ein, dass die europäischen Nationen kurzsichtig seien, selbstsüchtig, kleinkariert, entscheidungsunfähig, und er provoziert damit natürlich die Entgegnung. Amerikas Führungsanspruch sei durch Geheimnistuerei und Arroganz im Zwielficht, die moralische Stellung der USA sei durch Vietnam und Watergate geschwächt. Es ist eine unerfreuliche Entwicklung.

- Nur einen Tag, nachdem Henry Kissinger versucht hatte, den atlantischen Dialog wenigstens rhetorisch zu entschärfen, hat der Präsident in Chicago die bisher härtesten Töne angeschlagen. Er wiederholte seine Warnung, dass es ohne enge wirtschaftliche und politische Kooperation auch keine militärische Garantie für die Sicherheit Europas geben könne und stellte seine für Ende April vorgesehene Reihe zur Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärungen zum ersten Mal in Frage. Damit scheint die Kontroverse über den europäischen Entwurf, in dem die Begriffe Partnerschaft, bindende Konsultation und ständige Gremien nicht mehr vorkommen, eine kritische Phase erreicht zu haben, die alle Beteiligten vor bittere Alternativen stellen könnte.

- Die Nixon-Rede ist heute abend von einem Sprecher des Weissen Hauses leicht abgeschwächt worden. Er unterstrich gleichzeitig die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, die Konsultationen mit den Europäern weiterzuführen. Die Hauptdifferenzen zwischen den

Vereinigten Staaten und den wichtigsten europäischen Nationen bestehen in der Neuordnung des Weltwährungssystems sowie in der künftigen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. Ausserdem kritisiert Washington den Plan der EG, der eine enge Zusammenarbeit mit allen Anliegerstaaten des Mittelmeeres anstrebt. Die USA sehen dadurch ihre Nahostpolitik beeinträchtigt.

**Strauss:**

Es darf nicht eine Entwicklung eintreten, dass in Zukunft die Bundesgenossen, die ja aufeinander angewiesen sind, sich gegenseitig mehr Schwierigkeiten machen und mehr Sorgen bereiten als etwa diejenigen, gegen deren Sicherheitsbedrohung man ursprünglich eine Allianz ja gegründet hat. Das könnte leicht zu einer so vollständigen Konfusion führen.

**Höfer:**

Aber, meine Herren, was ist denn mit dem gemeinsamen atlantischen Boot? Das ist doch nun wirklich leak geschlagen.

**Grote:**

Kein Zweifel, meine Damen und Herren, die Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Staaten sind ernst zu nehmen. Sicher, das ist kein Schiesskrieg, aber eben so sicher ist das auch nicht einfach nur ein Schimpfkrieg, in dem etwa nur Wortgefechte stattfinden. Einzelne Stichworte sind ja hier eben schon genannt worden. Es geht um Währungsfragen, Erdölinteressen, Handelsrechte, auch die Formen der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsbeziehungen stehen zur Diskussion, Partnerschaft oder Führungsanspruch? Aber obwohl hier wenigstens in Ansätzen auf die ökonomischen Wurzeln der kapitalistischen Interessengegensätze hingewiesen wird, finden sich die bürgerlichen Publizisten in dieser ihrer Welt offenbar selbst nicht ganz richtig zurecht. Sie suchen die Ursachen des Streites immer wieder in persönlichen Eigenarten einzelner Menschen, in ihrer Angst, in ihrer Nervosität, in ihrem Egoismus.

**Einblendung - Westfernsehen:**

**Höfer:**

Die europäische Abwehrfront, Herr Lütgens, Herr Murmann, Herr Kolb, hat die jemals gestanden?

- Nein, nein.

- Nein, überhaupt nicht.

**Höfer:**

Warum nicht, Herr....?

- Weil, wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, wahrscheinlich man da an sich selber denkt eher als an andere. Die europäische Abwehrfront kann nur existieren, wenn innerhalb dieses Europas, was immer wir meinen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit grösser ist als die Angst vor dem Ertrinken.

- Aber ich würde sagen, angesichts der Ölkrise vom letzten Okt. haben die Europäer, zusammen mit den übrigen Industriestaaten, zunächst mal den Kopf verloren. Und die erste Reaktion war tatsächlich die, rette sich wer kann. Und das wurde ja auch ausgiebig praktiziert. Die Engländer haben da ihre bilateralen Verträge abgeschlossen, noch mehr haben es die Franzosen gemacht. Aber ich glaube, es hat sich inzwischen doch bis zu einem gewissen Grade gezeigt, dass diese ersten Reaktionen ausserordentlich überstürzt waren.

**Grote:**

Also Angst vor dem Ertrinken und rette sich wer kann, und nun

ist angeblich klar geworden, dass das lediglich überstürzte erste Reaktionen gewesen sind. Aber was nun weiter? Kommt nun alles wieder, sozusagen automatisch, ins Lot? Soweit man hört und soweit man sieht, bestehen die Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze in der kapitalistischen Welt unverändert weiter, haben sich zum Teil sogar verschärft. Das ist auch keineswegs verwunderlich. Die internationale Politik wird sofort durchschaubar und wird sofort erklärbar, wenn man aufhört, sie als Gaukelspiel mehr oder weniger geschickter bürgerlicher Staatskunst zu betrachten, wenn man stattdessen beginnt sie als konzentriertesten Ausdruck der ökonomischen Entwicklung zu begreifen. Die Staaten der kapitalistischen Welt haben nach dem 2. Weltkrieg eine sehr unterschiedliche Entwicklung genommen. 1945 stand der USA-Imperialismus uneingeschränkt und unbestritten als Führungsmacht über den kapitalistischen Staaten. Fast 60 % der kapitalistischen Industrieproduktion wurden in den USA erzeugt. Die Überlegenheit der Dollar-Währung schien für alle Ewigkeit festzustehen. Heute indessen machen die westeuropäischen EWG-Staaten und im Fernen Osten Japan den USA den ersten Rang streitig. Der Dollar ist knieweich geworden, der amerikan. Anteil an der kapitalistischen Weltindustrieproduktion ist auf 40 % heruntergesackt. Das ist kein unerklärlicher Vorgang. Lenin hat in seiner Arbeit über den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus vor nahezu 60 Jahren bereits geschrieben: Die Ungleichmässigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder ist im Kapitalismus unvermeidlich. Und, meine Damen und Herren, Ungleichmässigkeit und Sprunghaftigkeit sind deshalb unvermeidlich, weil sie in den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise liegen, die sich auf die Erzeugung von Profit orientiert.

Erinnern wir uns, nach dem 2. Weltkrieg waren in Westeuropa und in Japan bekanntlich günstige Bedingungen für gewinnbringende Kapitalanlage gegeben. Es gab billige Arbeitskräfte und neue Betriebe auf dem modernsten technischen Stand ermöglichten schnelle Kapitalgewinne und erlaubten dann natürlich die weitere Ausdehnung der Produktion. Zur gleichen Zeit aber, in diesen Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg, wuchsen für den USA-Imperialismus die Belastungen. Rüstungspolitik und aggressive Kriegshandlungen brachten zwar den Rüstungsmonopolen extrem hohe Gewinne, schwächten aber die USA-Wirtschaft als Ganzes.

Und nun wollen wir im Auge behalten, dass diese Konkurrenz der Kapitalisten untereinander unter äusserst ungünstigen, für sie ungünstigen allgemeinen Bedingungen vor sich ging. In diesem Zeitraum bildete sich die sozialistische Staatengemeinschaft heraus, sie gewann immer mehr Einfluss auf die internationale Politik. Damit wurde die Bewegungsfreiheit der kapitalistischen Staaten eingeengt, die Existenz des Sozialismus gestattete ihnen kein Ausweichen, etwa in koloniale Raubzüge grossen Stils, im Gegenteil, aus den meisten Kolonien wurden inzwischen souveräne Staaten, nicht zuletzt dank der Hilfe und der Solidarität durch die sozialistische Welt. Die kapitalistischen Länder mussten sich der neuen veränderten Lage anpassen, was ihre Konkurrenz untereinander selbstverständlich verschärfte.

Das ist, natürlich nur in ganz groben wenigen Zügen, der ökonomische Hintergrund jener Vorgänge, an denen in den bürgerlichen Massenmedien gegenwärtig soviel herumgerätselt wird.

Einblendung - Westfernsehen:

- Und wenn die Amerikaner einen Vorschlag machen, nicht etwa auf ein Kartell der Abnehmerländer, das wollte eigentlich gar niemand, sondern Zusammenarbeit in der Energieforschung oder auf Aufteilung der Energie für den Krisenfall, wenn er diesen Vorschlag macht, Kissinger, und Jobert dann schon bei zu sich von selbst anbietenden Vorschlägen sagt, aber das führt zur amerikanischen Dominanz über Europa, dann würde ich sagen, das ist keine praktische Politik.

- Ja, klar, ich wusste, dass das grosse Drama praktisch aller Europäer ist, dass sie das immer denken, dass sie zwischen einem oder anderen sitzen, statt zusammenzukommen. Für die Engländer gibt es sicher ein Problem. Der de Gaulle hat England ausserhalb der Europ. Gemeinschaft beinahe (oder ein ?) Jahrzehnt lang gehalten, weil er den Verdacht hat, das wäre das Trojanische Pferd der Amerikaner. Jetzt sitzen die Engländer rein... diesem Trojanischen Pferd dann offen und kommen so Alliierten der Amerikaner raus. Ich glaube, die neue Labour-Regierung muss wirklich, wenn man zugibt, man muss wählen zwischen Partnern, muss zwischen die Haltung Frankreichs und eine mehr proamerikanische Haltung... der Bonner Haltung sicher wählen in den kommenden Monaten. (ph)  
Höfer:

Jetzt hat Frankreich letztlich selber ja nun keine grossen Schwierigkeiten, hat die Pariser Politik auch diese Kursprobleme?

- Ja, es gibt ein bisschen diese Führung, aber ich glaube, weniger als für Bundesrep.

- Die Bundesrep. hat sicher das Hauptproblem, Sicherheit der Vereinigten Staaten, Probleme der Kernwaffen usw. Für Frankreich es gibt auch ein bisschen diese Probleme, aber doch weniger, und die Schwankungen zwischen ... war mehr zwischen, z.B., im Rahmen der EWG, zwischen London und zwischen Bonn. Also jetzt z.B. für ein paar Jahre der Hauptkurs war für eine Verständigung mit England, mit Heath, jetzt, und früher war es besonders zwischen Paris und Bonn durch diese Praxis de Gaulle - Adenauer. Jetzt, ich weiss nicht, wohin wird es noch mal schwanken?

Grote:

Nun, sicher scheint jedenfalls zu sein, dass es weiter schwankt, Die Auseinandersetzungen sind ja auch noch keineswegs beendet, wenn sie auch gegenwärtig etwas weniger lautstark geführt werden. Es geht um handfeste wirtschaftliche Interessen der Beteiligten, um Rohstoffquellen, um Absatzmärkte, um kapitalistischen Profit. Es geht darum, Rohstoffe und Märkte und Gewinne neu aufzuteilen, so, wie es dem veränderten Kräfteverhältnis der kapitalistischen Konkurrenten untereinander heute entspricht. Das ist der Kern der Auseinandersetzung, und nicht, ob die einzuschlagende Politik mehr oder weniger proamerikanisch oder profranzösisch oder sonstwie sein soll, wie bürgerliche Journalisten vermuten. Und es geht natürlich auch nicht darum, in welcher Reihenfolge die Probleme aufs Papier und auf eine gemeinsame Formel gebracht werden könnten.

Einblendung - Westfernsehen:

- Nixon und Kissinger haben im Auge, dass die zwischen den beiden Kontinenten anstehenden Fragen auf den Gebieten der Handelspolitik, der Währung und der Sicherheit insgesamt in eine Formel gebracht werden, in der sichergestellt wird, dass Amerika und Europa in einer bestimmten Richtung zusammenarbeiten können. Die franz.

Haltung dagegen besteht darin, dass alle diese Probleme für sich nacheinander gelöst werden sollten, bis man dann zu einer Neuformulierung der Grundsätze, also dieser berühmten Atlantikcharta, kommt, die Kissinger am 24. April vorigen Jahres angeboten hat. Und das ist ein fundamentaler Interessengegensatz 2. Ordnung sozusagen, nicht 1. Ordnung, aber 2. Ordnung.

Höfer:

Erklären Sie uns, bitte, warum nach Auffassung von Henry Kissinger und Richard Nixon die Amerikaner all das dürfen, was sie den Europäern, wenn sie es tun, übelnehmen. Also in kritischen Augenblicken den Partner nicht konsultieren, was die Amerikaner in einigen kritischen Augenblicken in der Tat unterlassen haben. Warum dürfen die Amerikaner mit den Arabern bilateral sich arrangieren, das Ergebnis kennt man inzwischen und es gibt kein Embargo mehr für Amerika. Wenn aber die Europäer sich in einer Existenzfrage zu arrangieren trachten, ist das ein Verrat an der gemeinsamen atlantischen Sache?

- Das kann ich natürlich nicht erklären. Ich finde, beide Seiten sich nicht immer korrekt behandelt haben und ich finde, beide Seiten haben sich schlecht erklärt.

- Ich glaube, das ist eine fundamentale Kontroverse und es gibt 2 Kontroversen. Eine zwischen Frankreich und die anderen Partner über, was muss der Charakter des eventuelles Europa sein, also proamerikanisch oder nur also getrennt von Amerika und man kann, so dass das wieder ist eine andere Kontroverse. Und jetzt sehe ich eine andere Kontroverse so zwischen Amerika und Europa alles zusammen und ich habe den Eindruck, Kissinger und Nixon haben eine grosse Umwandlung gemacht in ihrer Haltung zu Europa. Also ich glaube, die atlantische Allianz hat funktioniert 20 Jahre, 25, mit einer also sog. ungeschriebene Regeln. Die Regel war so, dass diese Allianz ist ohne ... Gleichgewicht wegen der grossen Überlegenheit der Vereinigten Staaten. Und ich glaube, das war eine der Bedingungen, damit die Allianz funktioniert ist. Und diese Regel ist jetzt nicht mehr gültig.

Grote:

Im Grunde, meine Damen und Herren, wird auch hier der Versuch gemacht, internationale Politik aus den persönlichen Eigenheiten bürgerlicher Politiker zu erklären. Natürlich sehen die Sprecher in jener Runde, dass da scharfe Gegensätze aufgebrochen sind zwischen den USA und Westeuropa und Japan, das ist ja auch schliesslich nicht zu übersehen. Und sie begreifen auch, dass die 20 Jahre lang gültige Regel von der Führungsrolle der USA in der kapitalistischen Welt nicht länger gültig ist. Und was ist nach ihrer Ansicht die Ursache für all diese Erscheinungen? Nun, Sie haben es ja eben gehört, Nixon und Kissinger haben in ihrer Haltung zu Europa eine grosse Umwandlung gemacht. Ja, aber warum denn nur? Vielleicht lesen wir doch noch einmal bei Lenin nach. Er schreibt:

Eine Aufteilung der Welt unter mächtige Konzerne schliesst natürlich eine Neuverteilung nicht aus, sobald das Kräfteverhältnis infolge der ungleichmässigen Entwicklung, infolge von Kriegen, infolge von Bankrotten usw. sich ändert. Und weiter heisst es an anderer Stelle bei Lenin: Dabei wird die Teilung nach dem Kapital, nach der Macht vorgenommen. Eine andere Teilungsmethode kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit den ökonomischen und politischen Entwicklungen.

Das ist geschrieben worden, meine Damen und Herren, im Frühjahr 1916, vor fast 60 Jahren, und es ist ohne Einschränkung gültig bis auf den heutigen Tag.

Wie seltsam sich daneben die krampfhaften Deutungsversuche bürgerlicher Ideologen von heute ausnehmen, das demonstrierte das BRD-Fernsehen vor wenigen Tagen.

#### Einblendung- Westfernsehen:

Die krisenhafte Zuspitzung der europäischen Entwicklung liegt nicht in erster Linie an nationalen Vorurteilen der Regierungen, am Kampf von Ideen, um etwa die Frage, dass eine atomare Bewaffnung nur national eingesetzt werden könnte und sich infolgedessen einem Übernat. Zusammenschluss verschliesst oder ähnliche Sachen, sondern die wichtigste Wurzel in den katastrophalen Entwicklungen in Bezug auf die Politische Union und die Union Europas sehe ich in der wachsenden Handlungsunfähigkeit der nationalen Regierungen gegenüber ihren gesellschaftlichen Gruppen.

....  
 Mein tiefster Verdacht ist, dass sie im Ernst alle nicht wirklich wollen, dass keine Regierung wirklich will, dass der einzige wirkliche Europäer, den es gab, Konrad Adenauer, gewesen ist, samt einigen seiner Dei minores (?), seiner unmittelbaren Parteifreunde in der CDU und CSU, als zweiten... , einer ganz anderen Art allerdings, würde ich trotz allem de Gaulle nennen, damit stimmen Sie nicht überein, wenn Sie gewollt hätten, sie hatten doch 20 Jahre, was man in 20 Jahren nicht hinbringt, bringt man auch in den nächsten 20 Jahren nicht. hin und sehe ich nun ungefähr die Gefahren, die Sie selber eben angedeutet haben, die Auflösung West- und Mitteleuropas wieder in Nationalstaaten, also, die Rückkehr zu dem, was wir aus alten Zeiten kennen, während doch an eine Auflösung dessen, was man soden Ostblock nennt und was ich schlichter das russische Imperium nennen würde, wenn es auch ein modernes und einigermaßen elastisches Imperium ist, während an seine Auflösung doch gar nicht zu denken ist,....

#### Grote:

Ja, und meine Damen und Herren, und damit wären wir dann zu guter Letzt bei der tiefsten Ursache allen kapitalistischen Katzenjammers, bei dem, was man so den Ostblock nennt oder das russische Imperium, um wenigstens an dem Wort Sozialismus vorbeizukommen, wenn man schon den Sozialismus als geschichtliche Tatsache nicht umgehen kann.

Da erinnern sich zwei Herren, Golo Mann und Freiherr von Weizsäcker, voller Wehmut an Adenauer, wenn der gewollt hätte.- Aber das Kuriose ist, der hat ja gewollt, nur erleidet auch der raffinierteste Politiker Schiffbruch, wenn er gegen die Geschichte regieren will, wenn er die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung missachtet. Das mag eine Zeitlang gut gehen, aber am Ende steht dann mit Sicherheit die politische Niederlage, Adenauer war nicht der erste, der diese Erfahrung gemacht hat und er wird wohl auch nicht der letzte gewesen sein. Auf Wiedersehen, meine Damen und Herren, und lassen Sie uns ein wenig Verständnis haben für alle, denen unter diesen Bedingungen der Optimismus abhanden gekommen ist.

**Einblendung-Westfernsehen:**

Der Winter dieses Missvergnügens ist vorbei, zumindest für Grossbritannien, wo heute die Sommerzeit begonnen hat, wir Kontinentaleuropäer begnügen uns damit, am nächsten Sonntag immerhin schon einige Tage Frühling zu haben, er soll uns willkommen sein, weiss der Himmel, was er uns bringt.....

Ge/

10.5.74 Kr